



Antrag

—

Fraktion AfD

Impfpropaganda an Schulen einstellen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Jede Bewerbung, Erleichterung, Organisation und Bedarfsabfrage sowie jedwedes Angebot oder Nahelegen der SARS-CoV-2-Impfungen Minderjähriger an Schulen ist unverzüglich einzustellen.
2. Die von der Landesregierung initiierte Impfkampagne „Wir ham `nen Stich“ ist unverzüglich einzustellen und weder in dieser noch in einer anderen Form neu aufzulegen.
3. Die an den Schulen in Zusammenarbeit zwischen Schulen und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten regelmäßig angebotenen SARS-CoV-2-Impfungen durch sog. mobile Impfteams sind unverzüglich einzustellen.

Begründung

Die Ständige Impfkommission hat für Kinder und Jugendliche nach massivem politischen Druck ihre anfängliche Haltung revidiert und nunmehr die SARS-CoV-2-Impfungen von Minderjährigen empfohlen.

Dabei sind nach allgemeiner Auffassung Kinder und Jugendliche durch das Corona-Virus nicht ernsthaft gefährdet. Laut der Feststellung des Robert Koch-Instituts sind Kinder deutlich weniger von schweren Krankheitsverläufen bei SARS-CoV-2 betroffen als Erwachsene. Der überwiegende Teil der infizierten Kinder zeigt einen milden Krankheitsverlauf.

Potenzielle und tatsächliche Impfnebenwirkungen und Risiken stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum allenfalls minimalen Gesundheitsnutzen der SARS-CoV-2-Impfungen.

Die Wirksamkeit der Impfstoffe wurde in der Vergangenheit stark übertrieben und wichtige Sicherheitsfragen sind nach wie vor unbeantwortet geblieben. Insgesamt betrachtet ist die Datenlage zu den zur Anwendung kommenden SARS-CoV-2-Impfstoffen nicht aussagekräftig. Sie haben lediglich eine vorläufige Zulassung erhalten und befinden sich somit weiter im Experimentierstadium.

Die propagierte „Schutzimpfung“ schützt weder vor Ansteckung noch vor Weitergabe des Virus.

Die bei Kindern und Jugendlichen zur Anwendung kommenden mRNA-Impfstoffe von BioNTech/Pfizer stehen unter Verdacht, vor allem bei jungen Männern eine Herzmuskelentzündung auslösen zu können. Von einer Impfsicherheit ist nicht auszugehen: Langzeitschäden und Spätfolgen können nicht ausgeschlossen werden. Da Nebenwirkungen unterschiedliche Altersgruppen unterschiedlich betreffen, ist es möglich, dass sich diese bei Kindern auf andere Art und Weise zeigen können.

Ob der Nutzen einer SARS-CoV-2-Impfung das Risiko überwiegt, kann nicht beantwortet werden, da die Studien nicht abgeschlossen sind und dann auch nur über eine kurz- bis mittelfristige Aussagekraft verfügen werden.

Eine medizinische Notwendigkeit einer SARS-CoV-2-Impfung bei Kindern und Jugendlichen wird nicht gesehen. Aus Sorge um die Gesundheit aufgrund der potenziellen Risiken und Nebenwirkungen durch experimentelle Substanzen ist die SARS-CoV-2-Impfung bei Kindern und Jugendlichen entschieden abzulehnen.

Die initiierte Impfkampagne der Landesregierung setzt Kinder und Jugendliche durch Angst- und Panikmache, aber auch durch den ausgelösten Gruppenzwang, unter enormen psychologischen Druck.

Dieser Eingriff der Landesregierung geht weit über den Gesundheitsschutz hinaus und ist deshalb unverzüglich einzustellen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender